

**An die  
Mülheimer Medien****19.08.2015****Entscheidung der NRW-Landesregierung zur Verteilung der Soforthilfe des Bundes: „Willkür statt Bedürftigkeit!“**

„Leider sind die vor der Sommerpause auch in den Ratsgremien geäußerten Befürchtungen eingetreten, dass die SPD-geführte Landesregierung die von der Bundesregierung zugesagten Sofortmittel für finanzschwache NRW-Kommunen in Höhe von 1,13 Mrd. € nicht richtig und vollständig weiterleiten will. Damit werden rund 7,6 Mio.€ an Bundesmitteln Mülheim vorenthalten, statt 15,89 Mio. € sollen nur 8,24 Mio. weitergeleitet werden“, erklären der CDU-Oberbürgermeisterkandidat

Werner Oesterwind und der CDU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Michels nach Bekanntwerden der Entscheidung des NRW-Kabinetts.



In anderen Bundesländern soll die Verteilung dieses Sonderhilfsprogramms des Bundes nach den Kriterien Arbeitslosenquote und Verschuldungsgrad vor allem an die besonders finanz- und strukturschwachen Städte und Gemeinden vorgenommen werden. Stattdessen über die Vorgaben des Gemeindefinanzierungsgesetzes des Landes zu gehen, ohne die Notlage der Kommunen zu berücksichtigen, werde trotz unzähliger Appelle der kommunalen Familie in NRW die unfassbare Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit dieser Landesregierung für die Problemlage sichtbar, so Wolfgang Michels.

Erschwerend komme hinzu, so Werner Oesterwind, dass die Landesregierung bei der notwendigen Vollfinanzierung z.B. der immer weiter steigenden Kosten für die Flüchtlingsunterbringung in Millionenhöhe nicht nur Bundesmittel zurückhalte, sondern auch weiterhin selbst keinen nennenswerten finanziellen Eigenbeitrag leiste. Werner Oesterwind weiter: „Angesichts der katastrophalen Finanzlage Mülheims ist die gestrige Entscheidung des Landeskabinetts ein kräftiger Schlag ins Gesicht und zeigt, wie herzlos diese Landesregierung mit den notleidenden Kommunen wie Mülheim an der Ruhr umgeht. Rat und Verwaltung müssen in den nächsten Wochen die Bemühungen verstärken, dass der Landtag NRW für eine Korrektur dieses Gesetzentwurfes sorgt. Die Benachteiligung Mülheims durch das Land ist nicht hinnehmbar!“

F.d.R.

Hansgeorg Schiemer

- Fraktionsgeschäftsführer -